

Landeshauptstadt Dresden
Die Oberbürgermeisterin



N I E D E R S C H R I F T

zum öffentlichen Teil

der 40. Sitzung des Ortsbeirates Blasewitz (OBR BI/040/2013)

am Mittwoch, 14. August 2013,

17:30 Uhr

**im Ortsamt Blasewitz, Ratssaal,
Naumannstraße 5, 01309 Dresden**

Beginn der Sitzung:

17:30 Uhr

Ende der Sitzung:

20:00 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Sylvia Günther

Mitglied Liste CDU

Jürgen Eckoldt

Michael Heidrich

Walter Rogge

Mitglied Liste DIE LINKE

Gudrun Böhmig

Ilona Schär

Kerstin Wagner

Mitglied Liste Bündnis 90/Die Grünen

Reinhard Decker

Matthias Just

Carola Kufner

Mitglied Liste SPD

Christian Bösl

Alexandra Kruse

Mitglied Liste FDP

Carsten Biesok

Mitglied Liste Freie Bürger

Christian Scholz

Mitglied Liste Bürgerbündnis

Werner Schnuppe

Stellvertretende Mitglieder

Christian Klein

Gerd Ivar Pommerening

Antje Thiede

Harald Zander

Vertretung für Frau Annegret Wagner

Vertretung für Herrn Bodo Kilian

Vertretung für Frau Katja Rülke

Vertretung für Herrn Fritjof Richter

Abwesend:

Mitglied Liste CDU

Johann von Keyserlingk

Andreas Atzenbeck

Bodo Kilian

Annegret Wagner

Mitglied Liste FDP

Sven Gärtner

Katja Rülke

Mitglied Liste NPD
Fritjof Richter

Verwaltung:

Herr Harmel
Frau Stepputis

Stadtplaner
SGL Stadtgebiet Ost

Gäste:

Frau Windelband
Herr Dr. Maas

Projektkoordinatorin
PEGASUS Courtyard Dresden GmbH

ca. 15 anwesende Bürgerinnen und Bürger

T A G E S O R D N U N G

Öffentlich

- 1 Kontrolle der Niederschrift zur 39. Ortsbeiratssitzung am 29.05.2013
- 2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates
 - 2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6012, Dresden-Gruna, Wohnbebauung Hepkestraße **V2418/13 beratend**

hier:
 1. Abwägungsbeschluss
 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung
 - 2.2 Vorbeugender Hochwasserschutz braucht Vorrang: Nachhaltigen Hochwasserschutz gewährleisten **A0750/13 beratend**
 - 2.3 Bauplanungen in hochwassergefährdeten Gebieten überprüfen - Hochwasservorsorge ernst nehmen **A0755/13 beratend**
 - 2.4 Auswertung Hochwasserereignisse Juni 2013 **A0756/13 beratend**
- 3 Informationen der Ortsamtsleiterin
- 4 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

öffentlich

Einleitung:

Die Ortsamtsleiterin (OAL), Frau Günther, eröffnet die 40. Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit des Ortsbeirates (OBR) fest. Die Einladung ist den OBR form- und fristgerecht zugegangen. Gegen die Tagesordnung gibt es keinen Einspruch.

1 Kontrolle der Niederschrift zur 39. Ortsbeiratssitzung am 29.05.2013

Gegen die Niederschrift zur 39. Sitzung werden keine Einwände erhoben. Herr Bösl und Herr Rogge werden um Unterzeichnung gebeten.

2 Anträge und Vorlagen zur Beratung und Berichterstattung an die Gremien des Stadtrates

2.1 Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 6012, Dresden-Gruna, Wohnbebauung Hepkestraße

**V2418/13
beratend**

hier:

- 1. Abwägungsbeschluss**
- 2. Satzungsbeschluss sowie Billigung der Begründung**

Frau Günther begrüßt Herrn Harmel und Frau Windelband zur erneuten Vorstellung des Projektes und der durch die Auslegung eingeflossenen Veränderungen. Während der Offenlage des Bebauungsplanes (B-Planes) vom 04. Februar bis 04. März 2013 gingen 34 Stellungnahmen ein. Hierbei sind keine Stellungnahmen der Träger öffentlicher Belange eingegangen, die eine erneute Offenlage erfordert hätten.

Folgende Änderungen wurden dabei vorgenommen:

- Ergänzung Radfahrrecht für Wegeverbindung in Verlängerung der Eibenstocker Straße
- Verbreiterung der Grünfläche parallel zur Hepkestraße
- zeichnerische Festsetzung der Flächen für die Niederschlagswasserverbringung
- Änderung der Lage der Müllbereitstellungsflächen und des Wertstoffcontainers
- Änderung der Pflanzlisten zugunsten mistelresistenter Sorten sowie der Gehölzanzahl bezüglich der Stammumfänge
- Erhöhung der Substratschicht der Dachbegrünung
- Änderung des Querschnittes der öffentlichen Planstraße bezüglich der Gehwegbreite, Stellplatztiefe und einer Bordabsenkung im Kurvenbereich
- Änderung der Leitungsführung der Fernwärmeversorgung

Unabhängig davon wurde die Höhe eines Gebäudeteils um ein Geschoss verringert, im Gegenzug ein anderes um ein Geschoss erhöht.

Herr Just erkundigt sich, warum die Stammdurchmesser in den Pflanzlisten herabgesetzt wurden. Die Aussage zur Pflanzung von 10 Bäumen des Typ E findet sich nicht im Textteil wieder. Er bittet dies zu ergänzen. Frau Windelband erklärt, dass dies auf einer Forderung des Umweltamtes beruht, da diese eine höhere Einwuchssicherheit aufweisen. Diese 10 Bäume stellen keine ersatzpflichtigen Pflanzungen dar. Es handelt sich um eine freiwillige Pflanzung seitens des Bauherren und wird daher nicht im B-Plan festgesetzt.

Herr Bösl erfragt, ob Miet- oder Eigentumswohnungen entstehen, sowie ob ein Teil davon eine Sozialbindung aufweist.

Der Bauherr erklärt, dass die entstehenden Wohneinheiten primär als selbstgenutztes Wohneigentum verkauft werden. Eine Sozialbindung für derartige Vorhaben könnte durch den Stadtrat beschlossen werden. Freiwillig seitens des Bauherren erfolgte dies nicht, so Frau Steinhof.

Herr Biesok und Herr Heidrich halten diese Überlegungen in Dresden für abwegig. Investitionen dürften nicht behindert werden, zumal es ausreichend bezahlbaren Wohnraum gäbe.

Einer anwesenden Anwohnerin wird Rederecht eingeräumt. Diese trägt die Bedenken der Anwohnerschaft vor, dass die entstehende öffentliche Straße aufgrund des guten Zustandes als Abkürzung für den Durchgangsverkehr genutzt wird. Herr Harmel erklärt, dass eine Tempo-30-Zone geplant sei, dies aber in einem B-Plan nicht festgesetzt werden kann.

Da keine weiteren Fragen bestehen, bittet Frau Günther den OBR um Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0

2.2 Vorbeugender Hochwasserschutz braucht Vorrang: Nachhaltigen Hochwasserschutz gewährleisten

**A0750/13
beratend**

Frau Günther begrüßt den Stadtrat Tilo Wirtz zur Vorstellung des Antrags der Fraktion DIE LINKE.

Herr Wirtz stellt fest, dass sich die nach 2002 investierten Hochwasserschutzvorkehrungen während des Junihochwassers bezahlt gemacht haben. Der Antrag zielt darauf ab, diesen Schutz auch in den Gebieten zu gewährleisten, in denen die Fertigstellung noch nicht erfolgte oder entsprechende Maßnahmen noch nicht vorgesehen sind.

Für potenzielle Baugebiete, die 2013 überschwemmt wurden, sollten vor Baubeginn in Abstimmung mit der Landestalsperrenverwaltung Hochwasserschutzkonzepte erarbeitet werden.

Die Gebiete, die bisher nicht gegen ein hundertjähriges Hochwasser geschützt sind, sollten erneut geprüft werden, ob ein Hochwasserschutz sinnvoll und notwendig ist. Die entsprechenden Planungsprozesse sollen transparent durch Bürgerbeteiligungsverfahren geführt werden.

In festgesetzten Überschwemmungsgebieten sollten Baugenehmigungen und Bauleitverfahren solange ausgesetzt werden, bis Hochwasserschutzkonzepte vorliegen. Falls die Stadt Baurecht schafft, ist es wahrscheinlich, dass dieses durch übergeordnete Behörden aufgehoben werden würde. Als Beispiel nennt Herr Wirtz die sogenannte Hafencity. Zudem soll geprüft werden, ob ausgewiesenes Bauland zu Hochwasserrückhalteflächen umgewidmet werden kann.

Frau Günther gibt zu Bedenken, dass eine Aussetzung der Bauleitverfahren im Ortsamtsgebiet direkte Auswirkungen auf Vorhaben wie den Elbeparkplatz sowie den Elberadweg hätte.

Herr Heidrich möchte wissen, wo im Dresdner Stadtgebiet Potenzial für Hochwasserrückhalteflächen vorhanden sein soll. Herr Wirtz verweist darauf, dass es sich um einen Prüfauftrag an die Verwaltung handelt, der darüber Aufschluss bringen soll.

Herr Biesok sieht in dem Hochwasserereignis keine neuen Beweggründe, die grundlegende Abwägung nach dem Jahrhunderthochwasser zu überdenken. Besonders die geforderten Bürgerbeteiligungsverfahren hätten in Laubegast effektiven Hochwasserschutz eher behindert. In dem Antrag sieht er eher die Absicht, bestimmte politische Ziele durchzusetzen.

Herr Decker möchte wissen, ob ein interfraktioneller Antrag mit der SPD angestrebt wurde, da diese eine ähnliche Zielsetzung verfolgen. Herr Wirtz war an der Erstellung des Antrags nicht beteiligt und kann dazu keine Aussage machen.

Frau Böhmig spricht sich dafür aus, bis zur vollständigen Auswertung der Hochwasserereignisse keine vollendeten Tatsachen zu schaffen. Der Grundwasseranstieg sei bei dem diesjährigen Hochwasser stärker als 2002 gewesen. Hierfür muss an Lösungen gearbeitet werden.

Frau Günther bringt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 7 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

2.3 Bauplanungen in hochwassergefährdeten Gebieten überprüfen - Hochwasservorsorge ernst nehmen

**A0755/13
beratend**

Der Stadtrat Axel Bergmann stellt den Antrag der SPD-Fraktion vor.

Dieser sieht die Auflistung aller Planungs- und Bauvorhaben, welche derzeit bei einem Jahrhunderthochwasser ungeschützt sind, vor. Dem Stadtrat sollen dann Handlungsempfehlungen zur Entscheidung der einzelnen Sachverhalte vorgelegt werden. Bis zu dieser Entscheidung sollen keine Baugenehmigungen in hochwassergefährdeten Bereichen ausgestellt werden. Zudem sollte bis zur vollständigen Auswertung der Hochwasserereignisse auf die Einleitung von Bebauungsplanverfahren verzichtet werden. Damit soll Klarheit für die Bürger und Investoren geschaffen werden.

Ferner sieht der Antrag die Einberufung von Bürgerversammlungen in den am stärksten betroffenen Gebieten vor.

Um dem Hochwasserschutz einen höheren Stellenwert einzuräumen, schlägt der Antrag vor, dem Umweltamt ein besonderes Veto-Recht einzuräumen. Hierzu kann sich Herr Bergmann beispielsweise eine Ausgestaltung analog zum Widerspruchsrecht des Bürgermeisters gegen möglicherweise nachteilige Beschlüsse des Stadtrates vorstellen.

Herr Biesok hält den Antrag für unausgereift und rechtlich nicht umsetzbar. So ist für Bauanträge eine Genehmigung zu erteilen, wenn kein öffentliches Recht entgegen steht. Eine Möglichkeit ein Baurecht dennoch zu verhindern, wäre eine Veränderungssperre zu erlassen. Diese wird mit dem Verzicht auf Bauleitverfahren durch den Antrag ebenfalls ausgeschlossen. Dem Umweltamt ein Einspruchsrecht einzuräumen, hält er für rechtlich unzulässig und politisch falsch. Die Stellungnahmen des Umweltamtes liegen den politischen Gremien zur Abwägung vor und können entsprechend gewichtet werden. Eine Rechtsgrundlage für das Veto-Recht besteht nicht. Allerdings gäbe es einen weiten Abwägungsspielraum, der dies zuließe, so Herr Bergmann.

Herr Rogge vermisst in dem Antrag Forderungen, wie Gebietsschutzvorhaben ggf. auch gegen die Interessen von Einzelpersonen beschleunigt werden können. Gleichwohl weist er darauf hin, dass der Objektschutz in der Verantwortung des Eigentümers liegt. Herr Bergmann sieht in letzterem auch Defizite und würde ein stärkeres Informationsangebot begrüßen. Er widerspricht der Ansicht, dass Bürgerbeteiligung automatisch zu Verzögerungen führt. Im Gegenteil könnten durch einen gefundenen Konsens Klagen verhindert werden.

Herr Heidrich spricht sich für eine stärkere Eigenvorsorge aus. Es sei nicht ausreichend, sich ausschließlich auf Gebietsschutzmaßnahmen zu verlassen. Das geforderte Einspruchsrecht hält er für abwegig. Die Oberbürgermeisterin könnte aufgrund der Stellungnahme des Umweltamtes auch Beschlüssen widersprechen, wenn Sie der Meinung ist, dass diese für die Stadt nachteilig wären.

Herr Scholz hält die Anträge für unnötig und politisch motiviert. Jedes Bauvorhaben werde sorgsam anhand der gesetzlichen Regelungen behandelt.

Frau K. Wagner beantragt die punktweise Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 7 Nein 9 Enthaltung 2 Befangen 0

Die OAL bringt den Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Ablehnung

Ja 8 Nein 9 Enthaltung 1 Befangen 0

2.4 Auswertung Hochwasserereignisse Juni 2013

**A0756/13
beratend**

Herr Just übernimmt die Vorstellung des Antrags der Fraktion Bündnis '90/ Die Grünen. Dieser sieht die Einberufung von Einwohnerversammlungen in allen Ortsamtsbereichen zur Auswertung der Hochwasserereignisse vor. Dabei sollen die Erkenntnisse der Stadtverwaltung sowie die auf diversen Onlineplattformen eingestellten Anregungen und Kritikpunkte gebündelt dargestellt werden. Die Bürgerbeteiligung sollte dabei auch online und postalisch ermöglicht werden.

Frau Günther informiert, dass für den Raum Pillnitz/ Söbrigen eine Bürgerversammlung mit den zuständigen Ämtern und Betrieben stattfinden wird. Diese wird seitens der Bürger selbstständig organisiert und durch das Ortsamt unterstützt.

Herr Heidrich sieht sich dadurch bestätigt, dass es für solche Versammlungen diesen Antrag nicht braucht. Er ist der Meinung, dass es dem „grünen Selbstverständnis“ entsprechen müsste, wenn dieser Prozess von „unten nach oben“ geschehe. Unabhängig davon sei eine Einwohnerversammlung nicht wie gefordert in allen, sondern nur in den betroffenen Ortsamtsbereichen sinnvoll.

Herr Biesok steht dem Antrag offen gegenüber, stört sich aber an der grundsätzlichen Delegation von der Oberbürgermeisterin an die Ortsamtsleiter.

Herr Scholz schlägt vor, als OBR eine Bürgerversammlung für den Ortsamtsbereich zu beschließen. Frau Günther hält dies für umsetzbar, wenn sich der OBR mehrheitlich dazu bekennt. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Es wird die Änderung des Punktes 1 zur Abstimmung gebracht.

1. „In allen **betreffenen** Ortsamtsbereichen und den betroffenen Ortschaften ~~Einwohnerversammlungen~~ **Bürgerversammlungen** zur Auswertung der Hochwasserereignisse vom Juni 2013 durchzuführen. [...]“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung

Ja 16 Nein 0 Enthaltungen 2

Da keine weiteren Fragen bestehen, bringt die OAL den geänderten Antrag zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung mit Änderung

Ja 12 Nein 1 Enthaltung 5 Befangen 0

3 Informationen der Ortsamtsleiterin

Frau Günther informiert über:

- Die Informationsvorlage V2232/13 „Angebotsanpassung an Personalkosteneinsparung Städtische Bibliotheken 2013 bis 2015 durch Reduzierung der Fahrbibliothek auf ein Fahrzeug“, welche den Wegfall aller fünf Standorte der Fahrbibliothek im Ortsamtsgebiet vorsieht. Entgegen anders lautender Zeitungsmeldungen wurde diese in der Dienstberatung der Oberbürgermeisterin vorerst abgelehnt.
- Informationsvorlage V2387/13 zur „Dresdner Debatte“ (Verbindung von Online-Diskussion mit Vor-Ort-Präsenz und Veranstaltungen) zum Verkehrsentwicklungsplan 2025plus vom 12.09. - 19.10.
- Informationsvorlagen zum Verkauf von zwei kommunalen Grundstücken in Seidnitz
- Beschluss zum Antrag A0686/12 „Dresden fördert bürgerschaftliches Engagement, (starke Änderung zum Originalantrag)
- Informationsvorlage Prioritätenprogramm zum Bau von Gehwegen wurde beschlossen. Diese Liste wird kontinuierlich fortgeschrieben, dabei sind die Anmerkungen der Ortsbeiräte zu berücksichtigen

4 Hinweise und Anfragen der Ortsbeiräte

Frau Günther verliest die beantworteten Anfragen aus der vergangenen Sitzung.

An neuen Fragen wurden gestellt:

Herrn Scholz interessiert, ob das Querparken auf der Krenkelstr./ Ecke Haydenstr. auch nach der Zeit der Baustellenumleitung beibehalten werden könnte.

Herr Bösl weist auf ein Gerüst am Eckgebäude der Bergmannstraße/ Schandauer Str. hin, weswegen bisher der dortige Gehwegbereich nicht saniert werden konnte. Er bittet um Klärung. Zudem interessiert ihn, an welchen Stellen (Leucht)Werbetafeln an der Schandauer Str. entstehen.

Herr Just erkundigt sich nach den Auswirkungen der auf das Zentrenkonzept im Falle einer Schließung des Seidnitz-Centers.

Herr Schnuppe führt aus, dass das Center komplett innerhalb eines halben Jahres umgebaut werden soll. Daher wurde allen Mietern gekündigt. Seine Versorgungsfunktion wird nach der Unterbrechung daher voraussichtlich bestehen bleiben.

Ferner möchte er wissen, ob eine neue Bebauung für den abgebrannten Eispavillion an der Ecke Altenberger Str./ Schandauer Str. bekannt ist.

Herr Decker weist auf ein entstehendes Niedrigenergiehaus an der Loschwitzer Str./ Ecke Alemannenstr. hin. Er ist verwundert, wie sich dieses in das touristisch stark frequentierte Denkmalschutzgebiet einfügt und bittet um Erklärung.

Frau Schär berichtet über ein Problem der Straßenreinigung auf der Mosenstraße. Da diese an beiden Enden Sackgassen aufweist, werden die Straßenstumpfe jeweils nicht befahren, da das Straßenreinigungsfahrzeug dort nicht wenden kann.

Sylvia Günther
Vorsitzende

Clemens Höhne
Schriftführer

OBR-Mitglied

OBR-Mitglied